



Vorlage-Nr.: **2565-2023/DaDi**

Fachbereich: Fraktionslose im Kreistag Darmstadt-Dieburg
Bischoff, Werner

Beteiligungen:

Produkt: **1.01.01.02 Gremienmanagement**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Kommunale Armut verhindern – Kinderbetreuung wie die Kindertagespflege solidarisch in Kreisregie organisieren – Antrag Abg. Bischoff (fraktionslos)**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert den Kreisausschuss auf

- eine Bündelung der Ausgaben der vorschulischen Kinderbetreuung wie auch die Kindertagespflege beim Landkreis belassen bzw. zu prüfen. Für die Refinanzierung soll die Einführung einer „Kinderbetreuung – Umlage“ analog der Schul und Kreisumlage geprüft werden. Die Ergebnisse der Prüfung mit Auswirkungen auf die Kreisumlage sind dem Kreistag bis zu den Haushaltsberatungen für das Jahr 2024 vorzulegen.

Begründung:

In diesem Antrag sollen die Kosten der Kinderbetreuung solidarisch umgesetzt werden. Finanziell besser gestellte Kommunen (wie Weiterstadt, Dieburg, Griesheim) sollen etwas mehr belastet werden – schwächere wie Fischbachtal, Multimodal und Otzberg entlastet werden. Diese solidarische Umlage der Kinderbetreuungskosten im Landkreis Darmstadt Dieburg wäre damit ein Ersatz für den Kreisausgleichsstock, der nach Vorgaben des kommunale Finanzausgleiches keine Neuauflage erfahren wird.

Kommune wie Fischbachtal wurde bei Abschaffung des Kreisausgleichsstocks versprochen, einen Ersatz zu schaffen. Ein Versprechen welches bis heute nicht eingelöst wurde. Daher sollte ab 1.1.2024 eine Neuorganisation des Finanzausgleichsstocks mit dem Ziel die Finanzkraft pro Einwohner (derzeit max. 2236 € Dieburg – zu min. 1.440 € Fischbachtal) anzupassen. Heute lebt Fischbachtal von seinen geringen Rücklagen und hat bei Hebesatz von 595 Punkten kaum noch Luft für Investitionen. Auch die Anhebung der Kreisumlage von 0.61% ist für die armen Kommunen ein ein finanzieller zusätzlicher Schock.

Gerade bei den genannten Kommunen schlagen sich die Kosten für die Kinderbetreuung inzwischen in Zahlen nieder, die einen zweistelligen Prozentwert in den Ergebnishaushalten ausmachen – Linderung ist nicht in Sicht.

2019 gab die heutige zweiten Kreisbeigeordnete Christel Sprößler einen Appell an das Hess. Sozialministerium weiter mit dem Ziel die o.g. Kommunen stärker zu unterstützen. Doch wie so oft, solche Appelle und Resolutionen führen kaum zu einer positiven Umsetzung – gerade für Mühl-Modau und Fischbachtal.

Es ist daher schnelle und unbürokratische solidarische Selbsthilfe dringendst erforderlich. Ein weiter so darf es nicht geben!

Trotz evtl. Zentralisierung des Gebäudeunterhaltes und der Möglichkeit eines bürokratischen Monsters ist dieser LINKE Antrag wichtig und sollte positiv beschieden werden.

Diese Zentralisierung findet längst im Bereich U3 Bereich statt, für die der Landkreis ebenso verantwortlich ist.

DIE fraktionslose LINKE möchte keine Gleichschaltung aller Betreuungsangebote sondern frei gemeinnützigen und konfessionellen Trägern sollen hierbei ebenso, wie Elterninitiativen auf eine Kreisgesellschaft die Fortsetzung ihrer wertvollen Arbeit ermöglichen.

Ein auf Kreisebene angesiedelte solidarische Kinderbetreuung eröffnet neue Chancen

- die Elternbeiträge könnten sukzessive im ganzen Landkreis vereinheitlicht werden
- Eine zentrale Verwaltung durch den Landkreis wäre ein starkes Instrument der Qualitätssicherung
- Mit einer zentralen Übersicht über Platzkapazitäten könnten lokale Engpässe ausgeglichen werden
- Eine zentrale Personalsteuerung der Kinderbetreuung könnte personelle Engpässe auffangen – durch ein gemeinsame Pool auch Notfalleinsatzkräften besser koordinieren.

mit der solidarischen Kinderbetreuung könnte die Abwanderung von Kindern z.B. in den weit kostengünstigeren Odenwaldkreis verhindert werden. Dies würde in der Finanzkrise des Landkreises ein positive Anerkennung für die Verantwortlichen der Kreisverwaltung bedeuten.